Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

13.2.1930 (No. 38)

Visual Library

Nr. 38 Donnerstag, den 13. Februar 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Leitung der BIZ.

Gegen die Kandidatur des Franzosen Quesnay

Das „B. T." beschäftigt sich in einem Artikel mit der Frage, wer die Leiter der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sein werden, und sagt:

An und für sich wäre die Bank in der Lage, für die europäische Wirtschaft in finanzieller Hinsicht das zu werden, was der Genfer Völkerbund für die Weltpolitik sein soll: Ein Zentrum der Zusammenarbeit, ein Organ für die Ausschaltung von Schwierigkeiten im internationalen Leben. Um so mehr kommt es darauf an, daß innerhalb des Personenkreises **der Bankleiter ein wirkliches Vertrauensverhältnis** besteht. Um so wichtiger ist es, daß besonders die beiden führenden Persönlichkeiten, der Vorsitzende des Verwaltungsrates und der Vorsitzende des Direktoriums, nicht nur über besondere Fähigkeiten verfügen, sondern daß sie auch das Vertrauen möglichst aller mitwirkenden Länder genießen.

Durch die sicher zu erwartende Ernennung **Mac Garrahs** sollte man also logisch bereits darauf festgelegt sein, auch den zweiten Posten weder mit einem Deutschen, noch einem Franzosen, sondern nach Möglichkeit mit dem Vertreter eines an den Reparationen nicht direkt beteiligten Landes zu besetzen. Hierfür käme wohl in erster Linie der Holländer **Bruins** in Frage, der unter dem Dawesplan Kommissar bei der Reichsbank war und sich in diesem Posten objektiv bewährt hat. Statt dessen wird von französischer Seite mit Bestimmtheit behauptet, die Wahl des Direktors bei der Bank Frankreich, **Quesnay**, sei bereits so gut wie beschlossen. Die großen Fähigkeiten dieses Mannes stehen zwar außer Frage, aber es muß festgestellt werden, daß er **in Deutschland nicht das Vertrauen genießt**, das der wichtigste Mann der Bankleitung gerade in dem Lande braucht, das gewissermaßen das Objekt des neuzugründenden Unternehmens ist. Quesnay war der **Autor jenes berühmten „Rechenkunststücks"**, mit dem unter formeller Wahrung des allgemein akzeptierten Vorschlages von Owen d'Young die deutschen Zahlungsverpflichtungen in letzter Minute erhöht und nicht nur die deutschen, sondern auch verschiedene Gläubiger benachteiligt wurden.

Vorläufig kommt es vor allem darauf an, eine Atmosphäre des allgemeinen Vertrauens, vor allem auch in Deutschland, zu schaffen. In dieser Hinsicht dürfte es zwischen der Regierung, dem Reichsbankpräsidenten und der deutschen Finanzwelt keinerlei Meinungsverschiedenheiten geben. Die Ernennung Quesnays zum Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich würde **das ganze Institut von vornherein belasten**, und sie würde möglicherweise verhindern, daß diese Bank über eine bloße „Reparationsagentur" hinauswachsen und zu einem neuen Zentralpunkt internationaler Zusammenarbeit werden kann.

*

WTB. **Mailand**, 13. Febr. (Tel.) Die Mitglieder des **Unterausschusses** für die Organisation der Bank für internationalen Zahlungsausgleich traten am gestrigen Mittwoch in der Mailänder Nebenstelle der Bank von Italien zu einer **Sitzung** zusammen. Im Verlauf der Besprechung wurde, wie die Agencia Stefani berichtet, festgestellt, daß die Arbeiten für die endgültige Organisation der Bank dank der herzlichen Zusammenarbeit aller an der Gründung beteiligten Emissionsbanken und der amerikanischen Großfinanz **rasche Fortschritte** machen. Es wurde vereinbart, daß die Präsidenten der erwähnten Emissionsbanken demnächst in **Rom** zusammenkommen sollen, um zur Konstituierung der Bank zu gelangen und eine Verständigung über die **Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates** zu erzielen.

Das Deutschlandlied in den Wiener Schulen

Das Verordnungsblatt des Wiener Stadtschulrats veröffentlicht einen Erlaß des Unterrichtsministers, in dem angeordnet wird, daß die bekannte Melodie von **Haydn** mit dem Text von **Kernstock** in allen Schulen zu üben und bei geeigneten Anlässen zu singen ist.

Gleichzeitig wird ein Erlaß des Präsidenten des Stadtschulrates **Glöckel** an die dem Wiener Stadtschulrat unterstehenden Schul- und Lehranstalten bekanntgegeben, in dem es heißt, die Haydnsche Melodie sei in den ersten Jahren der Republik in den Wiener Schulen weniger geübt worden, weil der ihr unterlegte Text, das Kaiserlied, in frischer Erinnerung war. Nach mehr als einem Jahrzehnt republikanischer Staatsform sei die Erinnerung verblaßt. Dagegen sei der der Melodie von Hoffmann von Fallersleben unterlegte Text als **Deutschlandlied** der gefühlsmäßige und auch der offizielle Ausdruck des **Einheitsbewußtseins des gesamten deutschen Volkes**. Der Stadtschulrat erwartet, daß dieses Lied in allen Schulen geübt und bei geeigneten Anlässen gesungen wird, um so die nationale und republikanische Erziehung der Jugend zu fördern. Diese Verfügung solle jedoch keineswegs die weitere Pflege der Renner-Kienzlschen Hymne und ihre Verwendung bei Schulfeiern und ähnlichen Anlässen **ausschließen**.

Wer hat die längsten Schulferien? In allen deutschen Ländern erörtert man zur Zeit die Umgestaltung der Schulferien. Eine Übersicht über die Regelung der Ferienfrage im Auslande dürfte daher interessieren. Die kürzesten Ferien (77 Tage) haben Dänemark und Holland, gleich darauf folgt Deutschland mit 85 Ferientagen im Schuljahr. Längere Ferien haben die Schweiz (88 Tage), Italien (90 Tage), Norwegen (92 Tage), Polen (93 Tage), Österreich (C) Tage). Die längsten Ferien haben Frankreich mit 101, England mit 105, Schweden und die Vereinigten Staaten von Amerika mit 110 Tagen. „Amerika, du hast es besser!"

Letzte Nachrichten

Die Young-Gesetze an den Ausschuß

WDZ. Berlin, 13. Febr. (Tel.) Im Reichstag wurden heute die Young-Gesetze dem außenpolitischen und dem Haushaltsausschuß überwiesen. Das Haus vertagte sich dann auf Mittwoch, 19. Februar, nachmittags. Auf der Tagesordnung steht das Mieterschutzgesetz.

Die bayerische Wahlrechtsklage

Art. 42 und 58 des Wahlgesetzes verfassungswidrig

WTB. München, 13. Febr. (Tel.) Der bayerische Staatsgerichtshof hat nach eingehenden Beratungen in der Frage der Verfassungsmäßigkeit des bayerischen Landeswahlgesetzes folgende Entscheidung ergehen lassen: Die Artikel 42 und 58 des bayerischen Landeswahlgesetzes in der Fassung vom 30. März 1928 verstoßen gegen die Reichsverfassung.

Die vom Verfassungsgerichtshof beanstandeten Artikel des Wahlgesetzes betreffen die Bestellung der 15 Landtagsabgeordneten, die bekanntlich nach dem Gesamtstimmenverhältnis von den Vertrauensmännern der einzelnen Parteien bestimmt werden. Der Landtag hat nunmehr auf Grund der Entscheidung des Staatsgerichtshofs die Wahlprüfung vorzunehmen. Er wird auch nicht umhin können, das Landeswahlgesetz entsprechend der Entscheidung des Staatsgerichtshofes abzuändern.

*

Es handelt sich um eine Klage der Demokratischen Partei, der Wirtschaftspartei und des Christlichen Volksdienstes gegen das geltende Wahlgesetz. Bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1928 sind etwa 260 000 Stimmen der klagenden Parteien unter den Tisch gefallen, während beispielsweise der Deutschen Volkspartei mit etwa 110 000 Stimmen vier Mandate zufielen. Die Bestimmung, daß alle Reststimmen ungültig sind, wenn eine Partei nicht wenigstens einen Abgeordneten in irgendeinem Wahlkreis durchgebracht hat, werde in der Klage als Einschränkung der allgemeinen, gleichen und direkten Verhältniswahl bezeichnet. Die Kläger beantragten Landtagsauflösung und Neuwahlen, gegebenenfalls neue Verteilung der Reststimmen und Beseitigung der verfassungswidrigen Rechtsungleichheit.

Kuhhandel auf der Flottenkonferenz

Die Philippinen als Tauschobjekt

WTB. **London**, 13. Febr. (Tel.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" will wissen, daß die **amerikanische Delegation** in den letzten Tagen die Möglichkeit erwogen habe, den **Philippinen** in absehbarer Zeit die **Unabhängigkeit** zu gewähren. Es werde gehofft, daß **Japan** hierdurch zu einer Herabsetzung seiner Ansprüche, die sich bekanntlich auf 70 Proz. der Tonnage Amerikas belaufen, veranlaßt werden würde.

Über die gestrige Sitzung der ersten Ausschusses meldet der Korrespondent, daß in **keinem** der vom Unterausschuß unerledigt gelassenen **Punkte eine Einigung** erreicht wurde. Die Hauptschwierigkeit liege in der britischen Forderung, daß die Kategorien — nicht nur, wie die Franzosen es wünschen — bezüglich ihres Geschützkalibers, sondern auch bezüglich der Tonnage begrenzt werden.

„Daily Herald" erklärt, daß das Verlangen **Frankreichs** nach einer Erhöhung seiner Gesamttonnage von 401 000 auf 724 000 einigermaßen verblüffend sei. Die Aussichten würden sehr düster sein, wenn nicht zu hoffen wäre, daß diese Forderung in kaufmännischem Sinne gemeint sei.

Verschiedene Blätter berichten, daß am morgigen Freitag oder Anfang nächster Woche eine **weitere Vollkonferenz** abgehalten werden soll.

Der polnische Regierungsblock verzichtet auf die Immunität

WTB. **Warschau**, 13. Febr. (Tel.) In der Presse erschien heute die angekündigte **Kundgebung** der **parlamentarischen Fraktion** des **Regierungsblockes**, in der für die Abgeordneten dieser Fraktion der Verzicht auf die Immunität ausgesprochen wird. In der Begründung, die heftige Anwürfe gegen die **Opposition** enthält, wird behauptet, daß einige Abgeordnete mit **fremden Mächten** und ihren Agenten zusammengearbeitet hätten, weiter, daß sich die Abgeordneten hinter der Immunität verbergen, während jeder andere Bürger die volle Verantwortung für seine Taten trage.

Der sozialistische „Robotnik" nennt diese Kundgebung demagogisch, lächerlich und verlogen; schreibt, es sei höchste Zeit, daß das ganze Land, vor allem aber das demokratische Lager, mit der Sozialistischen Partei an der Spitze gegen die vom Regierungsblock gesäte Anarchie ankämpfe.

In den Lohnkampf im Berliner Kraftdroschkengewerbe hat am Mittwoch der Schlichter für Brandenburg vermittelnd eingegriffen und die Parteien für heute, Donnerstag, nachmittag zu einer unverbindlichen Aussprache geladen. Arbeitgeber und Gewerkschaften werden dieser Einladung Folge leisten.

Abbau der Zensur in Spanien. Der spanische Ministerpräsident machte dem Vorsitzenden der Pariser Pressevereinigung die Zusage, daß die Zensur allmählich gelockert und schließlich, wenn die Umstände es erlaubten, vollständig aufgehoben werden solle. — In Barcelona haben die Studenten den Rücktritt des Rektors und des Zivilgouverneurs gefordert und Straßenumzüge veranstaltet.

Der Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Nunmehr ist auch der wichtige und umfangreiche Voranschlag des **Ministeriums des Kultus und Unterrichts** dem Landtag zugegangen. Er enthält eine Gesamtforderung im ordentlichen Haushalt von 88 747 020 *RM* jährlich (gegen bisher ein Mehr von 2 885 200 *RM*). Die Jahreseinnahmen stellen sich auf 22 896 950 *RM*, so daß sich ein **Zuschußbedarf** von jährlich 65 850 070 *RM* ergibt. Die außerordentlichen Aufwendungen beziffern sich auf 5 956 880 *RM*.

Das Ministerium beansprucht im ordentlichen Etat 1 047 670 Reichsmark (mehr 79 070 *RM*), das Kultusbudget ist mit 2 560 970 *RM* (weniger 191 270 *RM*) dotiert. Die **Hochschulen** des Landes erfordern einen Aufwand von rund 14 Millionen (mehr 1 049 000) im ordentlichen Etat und 5,4 Millionen Reichsmark im außerordentlichen Etat. Die **Lehrerbildungsanstalten** beanspruchen rund 720 000 *RM* (weniger 950 *RM*). Für die Landesturnanstalt, das Fortbildungsschullehrerinnenseminar und das Handarbeitslehrerinnenseminar sind 215 000 *RM* ausgeworfen (weniger 6000 *RM*). Die **höheren Lehranstalten** beanspruchen rund 16 Millionen Reichsmark (mehr 512 000 *RM*). Das Staatstechnikum ist mit 587 000 *RM* ausgestattet (mehr 8200 *RM*). Dazu kommt ein außerordentlicher Aufwand von 20 000 *RM* für die höheren Lehranstalten und von 15 000 *RM* für das Staatstechnikum. Die Fachschulen erfordern 7 165 000 Reichsmark (mehr 481 000 *RM*).

Der Hauptanteil an den Ausgaben entfällt auf das **Volksschulwesen** mit rund 42 Millionen Reichsmark. Dies bedeutet einen Mehrbedarf von 1 069 000 *RM*, wozu noch ein außerordentlicher Aufwand von 54 000 *RM* kommt. Die Erziehungs- und Unterrichtsanstalten für nicht vollsinnige Kinder erfordern 649 000 *RM* (weniger rund 10 000 *RM*). 44 500 *RM* (weniger 18 500 *RM*) betreffen besondere Einrichtungen für die Lehrerbildung, 104 000 *RM* (weniger 19 700 *RM*) die Jugend- und Schülerfürsorge. Für **Wissenschaften und Künste** sind 3,4 Millionen vorgesehen (weniger 50 000 *RM*). Hinzu kommt ein außerordentlicher Aufwand von 125 000 *RM*.

Die Kirchen

Im einzelnen finden sich folgende Posten: **Dotation des Erzbistums** 1 441 930 *RM* (weniger 70 820 *RM*). Darunter befindet sich eine Position von 972 450 *RM* (weniger 77 550 *RM*) zur Aufbesserung geringbesoldeter römisch-katholischer Pfarrer Für den **altkatholischen Kultus** ist die Summe von 53 550 *RM* vorgesehen (weniger 4700 *RM*), für den **evangelischen Kultus** 1 037 090 *RM* (weniger 110 650 *RM*), darunter für die Aufbesserung geringbesoldeter evangelischer Pfarrer 786 350 *RM* (weniger 113 650 *RM*). Der **israelitische Kultus** erhält 25 100 Reichsmark (weniger 4900 *RM*), die **freireligiöse** Landesgemeinde 3300 *RM* (weniger 200 *RM*).

Der Haushalt des **katholischen Oberstiftungsrates** für die Rechnungsjahre 1930/31 erfordert jährlich 321 800 *RM* (weniger 3640 *RM*). Auf die Staatskasse entfällt die Hälfte, d. i. vom persönlichen Aufwand die Summe von 281 000 *RM*, vom sachlichen Aufwand der Betrag von 40 800 *RM*.

Der Aufwand für den **evangelischen Oberkirchenrat** in seiner Eigenschaft als Behörde der evangelisch-kirchlichen Vermögensverwaltung beziffert sich auf 327 060 *RM* und ist unverändert geblieben. Die Staatskasse trägt die Hälfte des persönlichen Aufwandes mit 289 400 *RM* und des sachlichen Aufwandes mit 37 660 *RM*.

Die Ausgaben für die Hochschulen

Der staatliche Aufwand für die **Universität Heidelberg** beträgt im ordentlichen Etat 1930/31 6 385 140 *RM* (Mehrbedarf 414 780 *RM*). In dieser Summe sind auch die Aufwendungen für die akademischen Kliniken enthalten. Im außerordentlichen Haushalt der Universität Heidelberg sind u. a. vorgesehen: für die Errichtung eines Hörsaalgebäudes im Schurman-Bau 2,2 Millionen, für Erneuerung der Zentralheizung im alten Universitätshauptgebäude 85 000 *RM*, für sonstige bauliche Herstellungen 80 000 *RM*.

Der **Etat der Universität Freiburg** samt den klinischen Anstalten umfaßt die Summe von 5 783 040 *RM* (Mehrbedarf 535 200 *RM*). An außerordentlichen Aufwendungen sind vorgesehen für den Neubau der Universitätskliniken: a) Geländeerwerbung, III. Teilforderung 335 000 *RM*, b) Neubaukosten, IV. Baurate 2,3 Millionen, für den Erweiterungsbau des physikalisch-chemischen Instituts 114 000 *RM*, für größere Instandsetzungsarbeiten an Universitätsbauten 20 000 *RM*. Weiter sind wie in Heidelberg 5000 *RM* als Zuschuß für Ergänzung der Büchersammlung der Universitätsbibliothek und 10 000 *RM* zum Besten der sozialen Fürsorge für Studierende vorgesehen.

Die **Technische Hochschule Karlsruhe** erfordert einen ordentlichen Aufwand von 1 790 220 *RM* (rund 100 000 *RM* mehr). Im außerordentlichen Etat sind vorgesehen: für die Errichtung eines Hochspannungslaboratoriums, III. Baurate 132 230 *RM*, für Erneuerung der Licht- und Kraftversorgungsleitungen 25 000 *RM*, für größere Instandsetzungsarbeiten an Hochschulgebäuden 10 000 *RM*, für soziale Zwecke 10 000 *RM* und als Zuschuß zur akademischen Olympia 1931 in Karlsruhe 10 000 Reichsmark. Man benötigt schätzungsweise 100 000 *RM*, und es ist anzunehmen, daß sich sowohl das Reich, die Stadt Karlsruhe und auch Private an der Aufbringung der Mittel beteiligen werden.

Unter den **Einnahmen** figurieren die **Hochschulen** im ordentlichen Haushalt mit 6 659 540 *RM* (mehr 467 190 *RM*), und zwar die Universität **Heidelberg** samt Kliniken mit 3 534 860 Reichsmark (mehr 77 725 *RM*), die Universität **Freiburg** einschließlich der klinischen Anstalten mit 2 995 380 *RM* (mehr 411 665 *RM*), die Technische Hochschule **Karlsruhe** mit 129 300

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Reichsmark (weniger 22 200 RM). Zu den Gesamtbaukosten des Hochspannungslaboratoriums an der Technischen Hochschule Karlsruhe haben Industriekreise rund 102 000 RM beigesteuert.

Die Fachschulen

Für die **Fachschulen** betragen im ordentlichen Haushalt die Jahresausgaben 7 165 030 RM, die Jahreseinnahmen 3 510 710 Reichsmark. Es entfallen auf die **Uhrmacherschule Furtwangen** 105 650 RM (mehr 3240 RM), die **Schnitzereischule Furtwangen** 53 430 RM (weniger 5000 RM), die **Gewerbeschulen** 4 356 860 RM (mehr 283 430 RM), die **Handelsschulen** 2 647 890 Reichsmark (mehr rund 200 000 RM).

Weiteres aus dem Voranschlag

Die St. Josefsanstalt **Herten** erhält einen Staatszuschuß von 30 000 RM zum Bau eines neuen Schulhauses (Kostenaufwand 533 000 RM). Für Bearbeitung des **Volksschullesebuches** ist ein Betrag von 4000 RM eingestellt.

Das **Landestheater in Karlsruhe** erscheint mit 1 826 870 RM im ordentlichen Etat (rund 53 000 RM weniger).

Zur Ergänzung und Erweiterung der **Büchersammlung der Landesbibliothek** usw. sind 25 000 RM vorgesehen, für die Ergänzung der Lehrmittelsammlung und Geräte der **Kunstgewerbeschule Pforzheim** 10 000 RM, für Erwerbung des Anbaues an die Kunstgewerbeschule Pforzheim, III. Rate 20 000 Reichsmark.

Zur Unterstützung **notleidender Künstler** wie auch für Ankäufe zur Ausschmückung staatlicher Arbeitsräume sind erneut 30 000 RM eingestellt worden. Für Instandsetzungsarbeiten am **Freiburger Münster** leistet der Staat einen weiteren Beitrag von 20 000 RM. Aus Anlaß der Feier des 150jährigen Bestehens des **Mannheimer Nationaltheaters** wurde eine Stiftung errichtet, um der minderbemittelten Bevölkerung den Besuch des Theaters zu erleichtern. Man nahm 30 000 RM als Höchstsumme in Aussicht, wovon 10 000 RM aus Stiftungsmitteln bestritten werden sollen. Der Rest von 20 000 RM wird im außerordentlichen Etat angefordert.

Der Anteil der Gemeinden für **Bürgerschulen** mit dem Lehrplan Höherer Lehranstalten sowie der Aufwand für die das gesetzlich gebotene Maß übersteigenden Lehrstellen sind in den Einnahmen mit 3,5 Millionen veranschlagt (mehr 143 000 RM).

Zur Ergänzung der Lehrmittelsammlung sowie der Arbeits- und Betriebsgeräte des Staatstechnikums ist ein Betrag von 15 000 RM ausgeworfen.

Der Beamtenstab des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Die Zahl der im Haushalt des Ministeriums des Kultus und Unterrichts für 1930/31 **vorgesehenen Stellen** für planmäßige Beamte beträgt 9063. Das bedeutet eine Verminderung um 86 Stellen. Dazu kommen 2239 außerplanmäßige Stellen, d. s. gegen bisher 10 weniger, so daß also die Gesamtzahl der Stellen sich um 96 verringert hat. Das bedeutendste Kontingent stellt der Lehrkörper der Volksschulen mit 6781 Köpfen.

Kleine Chronik

Der seit Samstag vermißte Archäologe, Prof. Dr. **Drexel** in **Frankfurt a. M.** ist, wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, **noch am Leben** und irrt in der Umgebung von Frankfurt umher. In verschiedenen kleineren Ortschaften wurde er einwandfrei erkannt. Wo er übernachtet und wie er sich ernährt, ist vorläufig ein Rätsel.

In **Berlin** stürzte sich der 67 Jahre alte Generalleutnant a. D. **Wolff** in selbstmörderischer Absicht wegen eines Nervenleidens aus dem Fenster seiner Wohnung. Er **starb** auf dem Transport nach dem Krankenhaus.

Blättermeldungen zufolge sollen am vergangenen Sonntag im Walde von Vincennes bei **Paris** zwei unbekannte Männer den Versuch unternommen haben, den **8jährigen Sohn** einer hochstehenden Persönlichkeit der **russischen Emigrantenkolonie** zu entführen. Auf die Hilferufe des Kindermädchens hätten die beiden Männer in einem Auto schleunigst die Flucht ergriffen.

Für die Ermittelung der **Entführer Kutiepows** hat eine hochstehende ungenannte Persönlichkeit dem „Matin" 500 000 Frcs. übergeben.

Aus **Triest** wird gemeldet, daß der bei dem Anschlag auf den „Popolo de Trieste" schwerverletzte **Redakteur verstorben** ist.

In **Sardinien** sind wiederum **schwere Unwetter** niedergegangen. Bei einem Flußübergang sind zwei Personen ertrunken. In der Nähe von Cagliari ist in einem Ort der Glockenturm und ein Teil der Kirche eingestürzt. Auch in Süditalien hat das Unwetter **großen Schaden** angerichtet. — In **Spanien** ist das Thermometer auf 20 Grad unter Null gesunken.

Südamerikareise des Mannheimer Nationaltheaterorchesters? Wie ein Mannheimer Blatt erfährt, hat das Mannheimer Nationaltheaterorchester eine Einladung zu einer Konzertreise nach Südamerika während der Sommermonate mit Generalmusikdirektor **Kleiber** angenommen. Die Dauer der Reise wird auf zirka 2½ Monate geschätzt.

Hundert Jahre Münchner Glyptothek. Die Glyptothek, Münchens weltberühmtes Museum antiker Skulpturen, kann in diesem Jahre auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Erbaut nach den Plänen Leo **von Kleuzes** von 1816 bis 1830, vom damaligen Kronprinzen, späteren König Ludwig I., als Gebäude nicht nur eine Meisterschöpfung des deutschen Klassizismus, in ihren Räumen ist eine Fülle der bedeutendsten Werke der Bildhauerkunst aller Kulturen untergebracht.

Roswitha-Tag in Gandersheim. Die braunschweigische Stadt **Gandersheim** veranstaltete am Sonntag eine Feier zum Gedächtnis der Nonne Roswitha, die im Stifte zu Gandersheim lebte und die ersten Dichtungen einer Frau in Deutschland geschaffen hat. Den Anlaß der Feier bildet der Umstand, daß Roswitha vor etwa 1000 Jahren geboren ist. An der Festsitzung im Rathaus nahmen Trägerinnen bekannter Frauennamen und Vertreter der Reichs- und Landesbehörden, der Kirche und der Presse teil. Professor Dr. Otto **Lauffer**, Direktor des Museums für hamburgische Geschichte, hielt den Festvortrag über das Thema „Die eigene Art Niederdeutschlands". In der anschließenden Rundfunkübertragung wurde in der Uraufführung ein Hörspiel **„Thais"** nach Motiven nach dem gleichnamigen Drama der Roswitha von Alice **Fliegel** gespielt, das einen tiefen Eindruck hinterließ.

Rudolf Maria Holzapfel †. Am Samstag starb in **Bern** im 56. Lebensjahre Rudolf Maria Holzapfel, der Seelenforscher und Schöpfer des Panidealismus. — Der Verstorbene wurde 1874 in Krakau als Sohn eines österreichischen Arztes geboren. Die letzten 16 Jahre seines Lebens verbrachte er in der Schweiz. Holzapfel war seit vielen Jahren herzleidend. Er wurde mitten aus der Arbeit an einer Dichtung gerissen, die ihn seit mehr als zwei Jahrzehnten beschäftigte.

Die Young-Gesetze vor dem Reichstag

Wirth über Sanktionen

Die erste Beratung des Youngplans und der mit ihm zusammenhängenden Vorlagen konnte noch nicht zu Ende geführt werden.

In der Aussprache nahm für die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft Abg. Prof. Dr. **Hoetzsch** das Wort, der früher der Sprecher der Deutschnationalen Volkspartei bei außenpolitischen Debatten war. Er lehnt ebenso wie die Deutschnationalen den Youngplan ab, aber er betonte ausdrücklich, daß er den Andersdenkenden nicht den Vorwurf antinationaler Gesinnung machen wolle. Er begründete den ablehnenden Standpunkt seiner Freunde vor allem mit der Höhe der Reparationslast, die nicht nach der deutschen Leistungsfähigkeit bestimmt worden sei, sondern nach dem Maß der interalliierten Schulden an Nordamerika.

Für die Demokraten erklärte Abg. **Dr. Dernburg** die Zustimmung trotz schwerer Bedenken gegen verschiedene Einzelheiten der Vorlagen.

Am Schluß der ersten Rednergarnitur griff Minister Dr. **Wirth** in die Debatte ein. Er sprach eigentlich nicht als Ressortminister für die besetzten Gebiete, sondern in der Hauptsache als einer der Minister, deren Namen mit der Erfüllungspolitik eng verknüpft ist. In seiner Eigenschaft als Teilnehmer der Verhandlungen im Haag wies er mit großer Schärfe die von den deutschnationalen Abgeordneten in Wort und Schrift aufgestellte Behauptung zurück, daß der Youngplan im Gegensatz zu den Versicherungen der deutschen offiziellen Stellen doch die Möglichkeit zu **Sanktionen** bei Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen biete. Diese Auslegung bezeichnete Dr. Wirth geradezu als einen **Liebesdienst für die französischen Chauvinisten.** Er versicherte, daß nach Geist und Wortlaut des Vertrages und insbesondere auch nach dem Inhalt des Notenwechsels mit den Vertragsgegnern der Sanktionsbegriff des Versailler Vertrages nunmehr **vollständig abgeschafft und weggewischt** sei.

Die zweite Rednerreihe wurde eröffnet durch den deutschnationalen Abgeordneten **Dr. Quaatz**, der sich gegen die Ausführungen von Dr. Wirth wandte und der Regierung vorwarf, sie wolle die Schuld für ihre diplomatische Niederlage auf die Opposition abwälzen.

Reichsfinanzminister **Dr. Moldenhauer** nahm das Wort, um die Moratoriumsbestimmungen des Youngplans zu erläutern und übertriebene Befürchtungen zurückzuweisen.

Am heutigen Donnerstagmittag soll die erste Beratung zu Ende geführt werden. Dann dürften die Vorlagen den zuständigen **Ausschüssen** überwiesen werden.

Kommunistenputsch bei den Opelwerken

Bei den **Opelwerken** in **Rüsselsheim** (Hessen) kam es am Mittwoch zu einem kommunistischen Putschversuch, nachdem drei kommunistische Mitglieder des Betriebsrates entlassen worden waren, da sie während der Arbeitszeit die Arbeiterschaft durch Versammlungen zur Niederlegung ihrer Tätigkeit zu veranlassen suchten. Mittwoch vormittag erschienen auf Lastautomobilen, Motorrädern und zu Fuß etwa 200 auswärtige Kommunisten in den Werken, denen sich etwa 400 kommunistische Arbeiter der Opelwerke anschlossen. Unter den Eindringlingen befanden sich der preußische Landtagsabgeordnete Oskar **Müller** und der hessische Landtagsabgeordnete **Sumpf**. Die Arbeiter wurden mit Gewalt **von der** Arbeit abgehalten, teilweise wurden sie auch mißhandelt. Die Eindringlinge versuchten, die Dampfkessel und Maschinenanlagen stillzulegen. Der gesamte Betriebsrat wurde tätlich bedroht. Um 1 Uhr trafen 200 Mann **Schutzpolizei aus Darmstadt** ein, die die Fabrik umstellten und die Führer der Putschisten verhafteten, darunter die beiden Abgeordneten. Die preußische Polizei sperrte die preußische Grenze ab. Wie die Opelwerke mitteilen, läuft der Betrieb weiter. 6000 Mann der Belegschaft blieben an ihren Arbeitsplätzen. Bei Betriebsschluß war abends wieder völlige Ruhe eingetreten. Die Arbeiter verließen in voller Ordnung die Fabrik. Die eingesetzten Polizeikräfte wurden zurückgezogen.

*

WTB. **Rüsselsheim**, 13. Febr. (Tel.) Wie die Opelwerke mitteilen, ist die **Arbeit** heute morgen in **aller Ruhe und in vollem Umfange wieder aufgenommen** worden.

Im **Betriebsrat** wurde das Vorgehen der Kommunisten aufs schärfste verurteilt. In Verhandlungen mit der Werkleitung sollen die strittigen Fragen näher untersucht werden. Vor allem will man die Forderungen in der Lohnfrage prüfen und nötigenfalls Härten beseitigen. Eine größere Gruppe der an den gestrigen Auftritten beteiligten Arbeiter ist heute nicht zur Arbeit erschienen.

Politische Zusammenstöße in Offenbach a. M.

WTB. **Offenbach a. M.**, 13. Febr. (Tel.) Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es gestern hier zu **schweren Zusammenstößen.** Die Nationalsozialisten, die in der Minderheit waren, ergriffen die Flucht. Bei der Schlägerei wurden sechs Personen verletzt, zum Teil derart, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Der Haupträdelsführer wurde festgenommen. Erst gegen 1 Uhr trat Ruhe ein.

Letzte Tagung der Raiffeisen-Genossenschaften

Der Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften E. V. hielt in **Berlin** seine letzte Tagung vor der am 13. Februar stattfindenden Einigung des gesamten deutschen ländlichen Genossenschaftswesens ab. Der Vorsitzende, Regierungspräsident z. D. Freiherr **von Braun**, führte u. a. aus, die genossenschaftlichen Verbände würden jetzt aufgelöst und treten zu einer neuen Organisation, dem „Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — E. V.", zusammen. Gleichzeitig sei jetzt die Verschmelzung der Provinzial- und Landesverbände, der Waren- und Geldanstalten zum größten Teile durchgeführt, nur ein kleiner Teil harre noch des Zusammenschlusses.

Austritt Karl Scheuers aus der Getreide-Industrie- und KommissionsAG. Karl Scheurer ist, wie aus Berlin gemeldet wird, auf seinen Wunsch und auf Grund freundschaftlicher Vereinbarung mit den Aktienmehrheitsbesitzern der Getreide-Industrie- und Kommissions-AG., Berlin, aus dem Aufsichtsrat der Gesellschaft und den damit in Verbindung stehenden Stellungen ausgetreten. Geschäfte oder Maßnahmen der Gesellschaft können demnach in Zukunft nicht mehr mit seinem Namen in Verbindung gebracht werden.

Der Streik in der New-Yorker Bekleidungsindustrie ist beigelegt. 22 000 Arbeiter kehren heute wieder zur Arbeit zurück, weitere 8000 werden die Arbeit aufnehmen, sobald sich ihre Arbeitgeber mit den Gewerkschaften verständigt haben. Die Hauptforderungen der Streikenden sind erfüllt, namentlich die 40-Stunden-Woche und die Beseitigung der Ausbeutung bei der Akkordarbeit.

Ein Redakteur der „Roten Fahne" verhaftet. Wie die Berliner „Rote Fahne" mitteilt, wurde am Mittwoch früh der verantwortliche Redakteur des Blattes, Arnim **Hauswirth**, verhaftet und dem Berliner Polizeipräsidium vorgeführt. Es ist dies die dritte Festnahme eines verantwortlichen Redakteurs des Blattes innerhalb 14 Tagen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(26. Sitzung)

DZ. **Karlsruhe**, 12. Febr. 1930.

Nachmittags wird

die Wohnungsdebatte

fortgesetzt.

Abg. **Dürr** (Sozdem.): Der Hausbesitz sei durch die Inflation völlig entschuldet worden. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde zweifellos eine Erhöhung der Mieten bringen. Die Genossenschaften hätten Anspruch auf staatliche Unterstützung. Von Luxusbauten sei keine Rede.

Der **Präsident** gibt den Eingang eines staatsministeriellen Schreibens bekannt, worin der Landtag ersucht wird, alle Bauausgaben bis zu 50 Proz. der im Gesamtbudget vorgesehenen Beträge im voraus zu genehmigen.

Abg. **Bock** (Komm. P.) bemängelt die Mieterschutzgesetzgebung.

Abg. **Maier-Heidelberg** (Sozdem.): Die Verhältnisse seien tatsächlich besser geworden, ebenso habe die Wohnkultur eine erhebliche Besserung erfahren. Jetzt heiße es, die Bautätigkeit in Gang zu setzen.

Damit ist die **Aussprache beendet.**

Das Haus **stimmt** folgendem **Antrag** des Haushaltsausschusses **zu**: Der Landtag wolle

1. Den Voranschlag des Ministeriums des Innern, Kapitel 12 und Anlage 1 hierzu, Voranschlag der Wohnungsfürsorge, genehmigen;
2. den Minister des Innern ermächtigen, die zum Vollzug erforderlichen Bestimmungen zu erlassen und die Ausgaben bis zur Hälfte der für 1930 vorgesehenen Beträge zu leisten;
3. folgenden Antrag annehmen: Die Regierung zu ersuchen, zu prüfen, ob und in welchem Umfang eine Zinsverbilligung für die Wohnungsbaudarlehen eintreten kann, besonders für kinderreiche Familien;
4. die Gesuche des Bad. Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen e. V., Förderung des Wohnungsbaues, durch diese Beschlußfassung als erledigt erklären; des Reichsbundes der Kinderreichen Deutschlands der Regierung zur Kenntnisnahme überweisen.

Dann wird die Beratung des Voranschlags des Innenministeriums bei Kapitel 4

— **Bezirksverwaltung** —

fortgesetzt.

Abg. **Dr. Waldeck** (D. Vp.) berichtet namens des Rechtspflegeausschusses über den Antrag des Evang. Volksdienstes auf

Verbot des Fastnachtsunwesens

Er verweist auf den Erlaß des Innenministers an die Bezirksämter vom Januar d. J. und empfiehlt, obigen Antrag durch die Maßnahmen der Regierung für erledigt zu erklären.

Abg. **Berggötz** (Ev. Volksd.) fordert ein radikales Verbot, der Ernst der Zeit vertrage keine Narretei.

Abg. **Häßler** (Zentr.) ist der Auffassung, daß der angezogene Erlaß genügt. In der Bekämpfung der Unsittlichkeit möge alles zusammenhelfen. Im übrigen wäre es verfehlt, historische Gebräuche und Volkssitten verbieten zu wollen.

Abg. **Heid** (Sozdem.) äußert sich im gleichen Sinne. Die Polizeiverordnungen reichten aus, um Auswüchsen zu begegnen.

Abg. Teutsch (Ev. Volksd.): Man müsse die Dinge an der Wurzel fassen und angesichts der ungeheuren sittlichen und wirtschaftlichen Not unseres Volkes das Fastnachtsunwesen rücksichtslos verbieten. Der Redner verurteilte insbesondere auch die Privatmaskenbälle.

Abg. **Bock** (Komm. P.) kann sich von dem Antrag des Evang. Volksdienstes keinen Nutzen versprechen.

Abg. Frau **Richter** (D. Natl.) erinnert an die Anträge ihrer Partei wegen Einschränkung aller Lustbarkeiten.

Innenminister Wittemann

führt aus, daß er an und für sich dem Antrag des Evang. Volksdienstes durchaus sympathisch gegenüberstehe. Der Abg. Teutsch habe von hoher Warte aus gesprochen. Gleichwohl könne er, der Minister, ein radikales Verbot nicht befürworten. Man denke an die **Volksgebräuche** in Konstanz, Stockach und Villingen, die aus einer **gewissen Volkskultur** heraus geboren sind, der man die Berechtigung nicht absprechen kann. Die Regierung könne nichts weiter tun, als mit Energie dafür zu sorgen, daß die Faschingsveranstaltungen nicht gleich am ersten Tage nach Weihnachten beginnen, daß sie in **engere zeitlichere Grenzen** gesetzt werden und nicht in die Fastenzeit hinübergreifen. Die oberen Schichten mögen mit gutem Beispiel vorangehen, um so dem Vorwurf der Doppelmoral die Spitze abzubrechen. Der Appell an das Verständnis der Bevölkerung dürfte das beste sein. Auch Württemberg ist ähnlich wie wir vorgegangen. Der Minister stellt in Aussicht, daß er für den kommenden Fasching früher eingreifen und Veranlassung nehmen werde, in noch schärferer Weise auf die Bezirksämter einzuwirken (Beifall).

Der Antrag des Evang. Volksdienstes wird darauf entsprechend dem Vorschlag des Ausschusses **für erledigt** erklärt.

Es folgt der Bericht des Abg. Dr. **Wolfhard** (Dem.) über den Antrag des Abg. **Dr. Kaufmann** (Zentr.) u. Gen. auf Einführung des

Zwanges zur Haftpflichtversicherung für Kraftfahrer

Der Ausschuß beantragt die **Zustimmung**, die nach kurzen Bemerkungen des Abg. **Dr. Kaufmann** und des sozialdemokratischen Abg. **Weißmann** einmütig gegeben wird. Es soll erreicht werden, daß künftig kein Kraftfahrzeug auf öffentlicher Straße fährt, das nicht gegen Haftpflicht versichert ist. Wie das gemacht wird, ist Sache der Reichsregierung und des Reichstages. Im gleichen Sinne ist auch der Gesamtverband der Verkehrsbetriebe Deutschlands mit einer Eingabe an den Reichstag herangetreten.

Nächste Sitzung Donnerstag vorm. ½10 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

*

(27. Sitzung)

DZ. **Karlsruhe**, 13. Februar 1930.

Nach Bekanntgabe der Eingänge berichtet Abg. **Dr. Seubert** (Zentr.) namens des Haushaltsausschusses über den Antrag des Staatsministeriums auf

Vorausbewilligung der Bauausgaben

für laufende Unterhaltung und größere Herstellungen bis zu 50 Proz. der im Staatsvoranschlag 1930/31 vorgesehenen Beträge. Es soll damit eine alsbaldige Belebung des Bauhandwerks durch Zuweisung von Arbeit bezweckt werden. Der Berichterstatter zählt die in Betracht kommenden Positionen auf und empfiehlt, dem staatsministeriellen Antrag Folge zu geben.

Das Haus **stimmt** ohne Debatte **einmütig zu** und erklärt dadurch einen Antrag des Abg. **Hermann** (Wirtsch.- u. Bauernpartei) für erledigt.

Eingegangen ist ein sozialdemokratischer Antrag betr. die hypothekarische Verschuldung des Hausbesitzes.

Das Haus setzt darauf die **Etatsberatung** beim Kapitel

Bezirksverwaltung

fort.

Abg. **Böning** (Komm. P.) hält die Bezirksräte für eine kostspielige und überflüssige Einrichtung.

Abg. **Kühn** (Zentr.) beschäftigt sich mit der Kriegsgräberfürsorge, für die, insbesondere vom Reiche her, immer noch zu wenig geschehen sei. Beim Luftverkehr dürfen wir nicht ins Hintertreffen kommen.

Abg. **Amann** (Zentr.) fragt, wie es mit der Änderung der Fischereiordnung für Untersee und Rhein stehe.

Abg. **Heid** (Sozdem.) wendet sich gegen zu weitgehende Eingriffe in die Selbstverwaltung der Gemeinden.

Abg. **Dr. Wolfhard** (D. Dem. P.) tritt der Auffassung des Vorredners entgegen, als ob er volksparteiliche Antrag auf Nachprüfung der Ursachen der hohen Umlagen ein Mißtrauensvotum für die Gemeinden darstelle. Er begründet diesen von den Demokraten mitunterzeichneten Antrag mit dem Hinweis, daß viele Gemeinden von den Umlagen geradezu erdrückt würden. Der Redner kritisiert, daß die Reichsbahn ihre Monopolstellung häufig dazu benützt, lokale Linien zu verhindern, weil sie darin eine Konkurrenz sieht. Weitere Abstriche beim Luftverkehr würden für die Zukunft von schwerem Nachteil sein.

Abg. **Lenz** (Nat. Soz.) unterstreicht gleichfalls die Pflicht zur Betreuung der Kriegergräber.

Abg. **Hilbert** (Wirtsch.- u. Bauernp.) hat den Eindruck, daß sich die Landräte häufig als Diktator der Gemeinden aufspielen. Er wünscht für die beamteten Tierärzte erweiterte Kompetenzen, um in Schadensfällen die Ersatzleistung zu beschleunigen.

Abg. Dr. **Schmitthenner** (Dntl.) wünscht, daß für den Luftverkehr künftig wieder größere Beträge eingesetzt werden können.

Abg. **Graf**-Achern (Ztr.) unterstreicht unter Hinweis auf die zahlreichen Brandfälle im Lande die Notwendigkeit, alles zu tun, was zum Feuerschutz geeignet ist. Der Redner singt das wohlverdiente Lob der Freiwilligen Feuerwehren und verwendet sich dafür, daß die Wehrleute auch ausreichende Sicherheiten für den Fall erhalten, daß ihnen ein Unglück zustößt.

Abg. **Merk** (Natsoz.) begründet eine Förmliche Anfrage über die

Notlage des besetzten Gebietes.

Die Kinzigverlegung müsse baldigst in Angriff genommen werden. Kehl bedürfe der Unterstützung von Staat und Reich.

Namens des Innenministers antwortet

Ministerialrat Dr. **Scheffelmeier.**

Er konnte feststellen, daß dem besetzten badischen Gebiete in den letzten Jahren aus Reichsmitteln namhafte Summen im Gesamtbetrage von 1 523 000 *RM* zugeflossen sind, dazu regelmäßig wiederkehrende Beträge zur Förderung kultureller und wirtschaftlicher Zwecke. Der Regierungsvertreter erinnert an die Bemühungen um Errichtung eines deutsch-französischen **Grenzbahnhofes** und an die Inangriffnahme der **Kinzigverlegung**, ferner an die beabsichtigte Schaffung eines **Westhilfsfonds** des Reiches. Was weiter an Hilfsmaßnahmen geschehen soll, steht noch nicht fest. Die badische Regierung ist beim Reiche stets nachdrücklichst für gebührende Berücksichtigung des besetzten badischen Gebietes eingetreten.

Abg. Dr. **Kaufmann** (Zentr.) nimmt nochmals Stellung zu dem volksparteilichen Antrag betr. die Gemeindeumlagen. Eine Umfrage der Regierung würde eher zum Ziele führen als ein Untersuchungsausschuß. Die Dienstreisen sollten auf das äußerst notwendige Maß beschränkt werden.

Abg. **Rösch** (Sozdem.) bringt Wünsche von Gemeinden des Lörracher Bezirks vor, die sich auf die Errichtung von Sparkassen und die Wasserversorgung beziehen.

Abg. **Nußbaum** (Sozdem.) bittet die Regierung, weiter für eine Erleichterung des Grenzverkehrs tätig zu sein.

Abg. **Dr. Waeldin** (Dem.). Jedermann habe Verständnis für die Leiden des besetzten Gebietes. Aber auch unbesetzte Gebietsteile, das ganze Oberrheintal von Mannheim bis Basel litten schwer. Lahr, Müllheim und Breisach seien besonders schlimm daran. Gerade Lahr sei dem Kehler Gebiet unbedingt gleichzusetzen. Mußten doch hier bisher 21 Fabriken wegen Absatzmangel schließen.

Es spricht nun:

Innenminister Wittemaun

Er führt aus, der Aufgabenkreis des Bezirksrats gebe dem Abg. Böning kein Recht, diese Einrichtung ins Lächerliche zu ziehen (Zwischenrufe der Kommunisten. Abg. Bock wird zur Ordnung gerufen).

Die Position für die **Kriegsgräberfürsorge** gilt lediglich für die 11 000 Kriegergräber im eigenen Lande, die zu unterhalten Sache der Gemeinden ist. Der Staat leistet für das einzelne Grab einen Beitrag von 3 *RM*. Im übrigen betrachtet der Minister die Kriegsgräberfürsorge im Auslande als eine Ehrenaufgabe von **Reich und Staat**. Wer seine Toten nicht ehrt, sei eines Kulturvolkes nicht würdig. Die Erkenntnis, daß mehr geschehen muß, habe sich auch beim Reiche durchgesetzt.

Was in bezug auf den **Luftverkehr** gesagt wurde, liegt ganz im Sinne des Ministers. Das Ziel sei auch hier: Förderung der Wirtschaftsinteressen. Hinsichtlich der **Fischereiwünsche** des Abg. Amann glaubt er bis zum Herbst eine endgültige Regelung der Frage in Aussicht stellen zu können. Die Bereinigung der Verhältnisse im Konstanzer Trichter sei schwierig.

Zu Verwaltungsfragen übergehend, unterstreicht der Redner als Regelsatz, daß der Verwaltungsbeamte für das Volk da sei. Er schließt sich der Anerkennung für die **Freiw. Feuerwehren** an. Der Verunreinigung der Fischgewässer werde schon lange nachgegangen. Die Verleihung des Ehrenzeichens an Feuerwehrleute wie auch der Rettungsmedaille werde für die Regierung stets eine Freude sein. Was das besetzte Gebiet anlangt, so seien die Beträge gerne und so reichlich gegeben worden, als es unsere gespannte Finanzlage zuließ. Die vom Abg. Rösch vorgebrachten Wünsche sollen geprüft werden.

Die Darlegungen des Abg. Dr. Waeldin sind zutreffend, eine gewisse paritätische Behandlung der betr. Gebietsteile angebracht. Die Verhandlungen über den **kleinen Grenzverkehr** stehen vor dem Abschluß, und Lahr wird voraussichtlich miteinbezogen werden.

Damit ist die Aussprache **beendet**.

Nächste Sitzung nachmittags 4 Uhr.

Schluß ½2 Uhr.

Die Gasleitung Mannheim-Heidelberg ist jetzt fertiggestellt und vor einigen Tagen versuchsweise in Betrieb genommen worden. Sie wird zur Lieferung von Gas aus Mannheim nach Heidelberg in Anspruch genommen werden, und zwar dann, wenn zeitweise das Heidelberger neue Gaswerk den Anforderungen bei gewisser Höchstbeanspruchung nicht genügen kann.

Das 85 000. Sparbuch. Bei der Städtischen Sparkasse Mannheim wurde in den letzten Tagen das 85 000. Sparkassenbuch ausgestellt. Dem neuhinzutretenden Sparer, der dieses Buch erhielt, wurde eine Prämie von 25 *RM* gutgeschrieben.

Der Universitätsbau in Heidelberg

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

In mehreren Tageszeitungen ist eine Notiz unter der Überschrift: „Affäre um den Heidelberger Universitätsbau" erschienen, die Unrichtigkeiten enthält, welche nicht unwidersprochen bleiben dürfen:

Es heißt darin, die **Vereinigung Heidelberger Baugeschäfte** habe öffentlich erklärt, daß der Universitätsbau ins Stocken geraten sei, weil die mit seiner Ausführung beauftragte **Bauarbeitergenossenschaft** sich in Zahlungsschwierigkeiten befinde.

Außerdem seien bei der Arbeitsvergebung grobe Verstöße gegen die Verdingungsordnung insofern vorgekommen, als nur solche Firmen hätten berücksichtigt werden dürfen, die für die Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen genügende Sicherheit bieten könnten.

Beide Behauptungen sind falsch.

Zunächst sind die Bauarbeiten nicht ins Stocken geraten. Die umfangreichen Abbruch- und Erdarbeiten sind beendet und die nicht einfachen Fundierungen soweit gefördert, daß sie termingemäß beendet werden können.

Die Bauarbeitergenossenschaft ist auch durchaus nicht mit „der Ausführung des Universitätsbaus" beauftragt. Ihr ist vielmehr bei der Vergebung lediglich ein Teil der Arbeiten im Betrag von etwa 50 000 *RM* auf Grund ihres günstigen Angebots und ihrer sachlichen Eignung zugefallen, das ist ungefähr der 20. Teil des Rohbaus. Von einer Verzögerung der Bauarbeiten kann aber auch dann keine Rede sein, wenn der Bauarbeitergenossenschaft diese Teilarbeit wieder entzogen werden müßte für den Fall, daß sie ihre Zahlungsschwierigkeiten nicht überwinden sollte. Denn ihr Anteil bezieht sich nur auf das aufgehende Mauerwerk, und dieses kann erst erstellt werden, wenn die Fundamente vorher eingebracht sind. Diese sollen aber termingemäß erst Anfang März fertig werden, gute Witterung vorausgesetzt. Inzwischen ist auch noch Frost eingetreten, so daß also reichlich Zeit ist, die schwebende Frage mit der Bauarbeitergenossenschaft zu klären.

Da deren Zahlungsschwierigkeiten bei der Vergebung der Arbeiten noch nicht bekannt waren, so kann von einem Verstoß gegen die Verdingungsordnung keine Rede sein.

Wenn die Bauarbeitergenossenschaft beim Vertragsabschluß, der noch gar nicht erfolgt ist, die zu fordernde Sicherheit nicht leisten kann, so fällt sie aus, und ein anderer tritt an ihre Stelle. Daß dieser einer der Submissionsteilnehmer sein würde, ist ganz selbstverständlich. Da gleich beim Bekanntwerden der Zahlungsschwierigkeiten der Bauarbeitergenossenschaft mit dieser Möglichkeit gerechnet wurde und die erforderlichen Schritte schon getan sind, so ist die ordnungsmäßige Erledigung von vornherein gewährleistet gewesen.

70. Geburtstag des früheren Landtagspräsidenten Dr. Rohrhurst

Am Freitag, dem 14. Februar, kann in **Heidelberg** der frühere langjährige Präsident der damaligen Zweiten Badischen Kammer, Geh. Rat Dr. **Ruppert H. Rohrhurst**, seinen **70. Geburtstag** feiern.

Dr. Rohrhurst, in Wittnau bei Freiburg geboren, hatte sich zuerst der theologischen Laufbahn zugewandt und trat dann (1893) in den höheren Schuldienst über, wobei er aber seine Lehrtätigkeit am Theologischen Seminar in Heidelberg beibehielt, dem er 30 Jahre angehörte. Über 40 Jahre stand Dr. Rohrhurst im Staatsdienst, davon war er über 15 Jahre Stadtschulrat in Heidelberg. Als Mitglied der früheren Nationalliberalen Partei entfaltete Dr. Rohrhurst eine lebhafte politische Tätigkeit. Von 1900 bis zum Kriegsende gehörte er der Zweiten Badischen Kammer als Abgeordneter an, und von 1913 bis 1917 war er deren Präsident. Die Theologische Fakultät Heidelberg hat ihm vor einigen Jahren die Ehrendoktorwürde verliehen.

Zum Lohnstreit in der badischen Textilindustrie

wird von Arbeitnehmerseite mitgeteilt:

Bekanntlich hat das Reichsarbeitsgericht festgestellt, daß der badische Lohntarif rechtsungültig sei. Demzufolge ist die badische Textilindustrie zur Zeit tariflos, soweit die Lohnfrage in Betracht kommt. Die zuständigen Gewerkschaften haben es für angebracht gehalten, beim badischen Textilarbeitgeberverband den Antrag zu stellen, zwecks Abschluß eines neuen Tarifes in Verhandlungen einzutreten. Von seiten der Gewerkschaften wurde beantragt, den Spitzenlohn des 25jährigen männlichen Taglöhners von 60 auf 68 *Rpf*, den der 25jährigen Arbeiterin von 45 auf 51 *Rpf* zu **erhöhen**.

Zu gleicher Zeit haben die Arbeitgeber betantragt, den Spitzenlohn von 60 auf 55 *Rpf* bei den Männern und bei den Frauen von 45 auf 41 *Rpf* **herabzusetzen.** Die bisher schon niedrigen Löhne der badischen Textilarbeiter sollen also nach dem Antrag der Arbeitgeber um rund 9 Proz. herabgesetzt werden.

Die Arbeitgeber teilten den Gewerkschaften mit, daß ein Verhandeln unter den Parteien zwecklos sei, und daß sie deshalb als Arbeitgeber den Landesschlichter anrufen würden, was inzwischen auch geschehen ist.

Gestern, Mittwoch, den 12. Februar, wurde nun unter dem Vorsitz des stellvertretenden Landesschlichters, Gewerberat Hanewinkel, in Verhandlungen eingetreten. Dieselben sind ergebnislos verlaufen.

Die beiden Gewerkschaften werden nun ihren zuständigen Lohnkommissionen Bericht erstatten. Zur weiteren Verhandlung vor dem Landesschlichter wurde Donnerstag, der 6. März, bestimmt.

Belohnung

Für hervorragende und umsichtige Pflichterfüllung bei dem Ortsbrand vom 3. Oktober 1929 in **Bettmaringen**, Amt Waldshut, und bei einem weiteren Brand vom 19. November 1929 hat die Gebäudeversicherungsanstalt dem Feuerwehrkommandanten, Polizeidiener Julius **Bölle**, eine Belohnung von 500 Reichsmark bewilligt.

Handelskammer Mannheim zu Schulfragen

Auf ihrer Vollversammlung nahm die **Handelskammer Mannheim** auch zu den akuten Schulfragen Stellung. Sie stellte fest, daß eine **übersteigerung** der schulmäßigen Anforderung und eine Überwertung der Schulausbildung bei Wirtschaft und Behörden vorliege, und daß im Interesse der persönlichen Wertung das **Berechtigungswesen abgebaut** werden müsse. Die Kammer wandte sich ferner gegen eine schematische Vereinheitlichung des Schuljahrsbeginns und der Ferienordnung und vertrat die Auffassung, daß für die Volks- und Berufsschulen der Schuljahrsbeginn an Ostern verbleiben müsse, während für die mittleren und höheren Schulen die frühere Regelung sich vorteilhafter ausgewirkt habe.

Die Weinmosternte in Baden im Jahre 1929

P.A. Nach der strengen Kälte des Winters 1928/29 **haben** die Winzer mit banger Sorge dem Herbst entgegengesehen. Heute liegen die Ergebnisse der Weinernte im Jahre 1929 vor und zeigen zum Glück, daß die Befürchtungen nur teilweise gerechtfertigt waren. Bei einer Rebfläche von 12 200 Hektar konnten nach Feststellung des Statistischen Landesamts im Jahre 1929 insgesamt 414 600 Hektoliter Wein geerntet werden; der durchschnittliche Hektarertrag berechnet sich danach auf 34,0 Hektoliter. Der Gesamtmostertrag des Landes ist gegenüber der 1928er Ernte (420 700 Hektoliter) nicht wesentlich zurückgegangen.

In den einzelnen Weinbaugebieten läuft die Entwicklung zum Teil allerdings gerade entgegengesetzt. Im **Markgräflerland** z. B. hat sich der Ertrag gegenüber dem Vorjahre um nahezu zwei Drittel vermehrt und eine Steigerung von 95 000 Hektoliter auf 155 000 Hektoliter erfahren. Bei gleichbleibender Fläche ist der Durchschnitts-Hektarertrag von 39 Hektoliter im Jahre 1928 auf 62 Hektoliter im Jahre 1929 angewachsen. Umgekehrt ist der Mostertrag auf dem **Kaiserstuhl** von der 1928er Ernte zur vorjährigen von rund 80 000 Hektoliter auf 30 000 Hektoliter zurückgegangen. Auch hier hat sich die Fläche nicht geändert, so daß der Durchschnitts-Hektarertrag auf 12,7 Hektoliter gesunken ist. Im **Breisgau** zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Der Mostertrag hat sich in diesem Weinbaugebiet um mehr als die Hälfte (von 52 000 Hektoliter auf 25 000 Hektoliter) vermindert; der Hektarertrag bei gleicher Fläche dementsprechend von 40 Hektoliter auf 20 Hektoliter. In der **Ortenau** und **Bühlergegend** hält sich der Rückgang in mäßigen Grenzen; einem Weinmostertrag von 87 000 Hektoliter im Jahre 1928 steht eine Ernte von 73 000 Hektolitern im Jahre 1929 gegenüber. In der unteren Rheingegend ist der Mostertrag im Vergleich zur Ernte 1928 wesentlich gestiegen; im Kraichgau und in der Neckargegend hat er sich sogar mehr als verdoppelt. Die anderen Weinbaugebiete zeigen keine erheblichen Veränderungen. Die Main- und Taubergegend hatte bei 2,8 Hektoliter Durchschnittsertrag vom Hektar auch dieses Jahr wieder einen Fehlherbst.

Die Frostschäden des Winters 1928/29 waren also doch wesentlich stärker, als die Veränderung der Gesamtmosternte in Baden in den beiden vergangenen Jahren erkennen läßt. Namentlich auf dem Kaiserstuhl und im Breisgau sind bei der strengen Kälte teilweise bis zu 80 v. H. der Reben abgestorben. Die Winzer haben in solchen Fällen schwere Schäden, da immerhin eine Reihe von Jahren vergeht, bis die jungen Reben wieder im Ertrag stehen. Die Ortenau war von Frostschäden weniger heimgesucht, dagegen haben Hagelwetter die Ernte in einigen Gemeinden nahezu völlig vernichtet.

Der Wert der 1928er Ernte wird auf ungefähr 37,5 Millionen Reichsmark geschätzt, der Wert der vorjährigen bei nahezu gleichem Mostertrag auf nur 23,7 Millionen Reichsmark. Der Durchschnittspreis je Hektoliter neuer Wein berechnet sich auf 57,3 *RM*, während der 1928er gleich nach der Ernte auf 89,1 *RM* zu stehen kam. Die Weinpreise sind also wesentlich zurückgegangen. Welche Werte je nach Ausfall der Ernte für einzelne Gebiete auf dem Spiele stehen, ersieht man daraus, daß die 1928er Ernte auf dem Kaiserstuhl auf rund 7 Millionen Reichsmark geschätzt wurde, die letztjährige dagegen nur auf 1,6 Millionen Reichsmark usw.

Mitteleuropäischer Binnenschiffahrtstag

Stuttgart 1930

Der im Jahre 1896 gegründete Deutsch-Österreichisch-Ungarische-Schweizerische Binnenschiffahrtsverband, dessen Arbeiten und Tagungen vor dem Kriege zu den bedeutungsvollsten auf dem Gebiete europäischer wasserwirtschaftlicher Tagungen zählten, mußte durch den Krieg seine Arbeiten einstellen. Erst im Jahre 1926 wurde anläßlich der schweizerischen Binnenschiffahrtsausstellung in Basel die Fühlung unter den einzelnen Staaten wieder aufgenommen mit dem Ziele, den Verband wieder ins Leben zu rufen. Die neue Konstituierung erfolgte dann auch anläßlich der internationalen Binnenschiffahrtstagung in Friedrichshafen im Jahre 1928 unter dem Namen **„Mitteleuropäischer Binnenschiffahrtsverband"**. Ihm gehören zur Zeit die Staaten Deutschland, Österreich, Ungarn und die Schweiz an. Es besteht begründete Aussicht, daß demnächst auch die Tschechoslowakei ihren Beitritt erklärt.

Der Verband wird in diesem Jahre in der Zeit vom 15. bis 17. Mai in **Stuttgart** seine erste Tagung nach dem Kriege abhalten. Aus dem vorläufigen Programm sind folgende Referate hervorzuheben:

1. „Der Mitteleuropäische Binnenschiffahrtsverband", Referent: Geheimrat Dr. **Zoepfel**, Passau, 2. Vorträge über mitteleuropäische Binnenschiffahrtsprobleme, erstattet von Vertretern der einzelnen Staaten, 3. „Wirtschaftspolitische Betrachtungen der Wasserstraßenpropleme Mitteleuropas", von Reichsminister a. D. Dr. **Gothein**, Berlin, nebst Korreferaten von Vertretern der einzelnen Länder, 4. „Technische Probleme der Wasserstraßen und der Binnenschiffahrt".

Es besteht kein Zweifel, daß die Neuschaffung dieses Verbandes auf neuer Grundlage im Interesse der **wirtschaftlichen Zusammenarbeit** der mitteleuropäischen Staaten liegt; hat er doch den Zweck, die gemeinsamen wasserwirtschaftlichen Aufgaben der Verbandsstaaten zu fördern. Er soll auf den Ausbau und die Hebung des Verkehrs auf den gemeinsamen Wasserstraßen hinwirken, zur technischen und wirtschaftlichen Klärung der Projekte zur Verbindung der vorhandenen Wasserstraßen beitragen und die Verwirklichung der als baureif anzuerkennenden Pläne nach Kräften fördern. Diese Verbandszwecke sucht der Verband durch gegenseitige Unterstützung der in der gleichen Richtung tätigen Schiffahrtsvereine durch Aufklärung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung, der Regierungen und Volksvertretungen in Wort und Schrift, insbesondere durch Abhaltung von Verbandstagungen in öffentlichen Sitzungen zu erfüllen.

Bei einer **Explosionskatastrophe**, die sich in **Rostow** am Don in einer staatlichen Mühle ereignete, sind 28 **Personen ums Leben gekommen.** Außerdem haben 16 Personen Brandwunden davongetragen.

Das Feuer auf dem Lloyddampfer **„München"** in New York wurde am Mittwoch **gelöscht.** Wie dem Norddeutschen Lloyd aus New York gemeldet wird, ist das Feuer auf dem Dampfer „München" gestern vormittag gegen 9 Uhr gelöscht worden. Das Schiff ist infolge der hineingepumpten Wassermengen vom Heck bis zum Mittelschiff auf den Flußboden gesunken. Man will versuchen, das Schiff abzudichten und auszupumpen.

Bei den Verbrecherrazzien in den letzten Tagen in **Chicago** sind ungefähr **3000 Personen verhaftet** worden. Darunter wurden 45 mit Revolvern bewaffnete und 1200 andere verdächtige Personen einbehalten. Der „Bürgerausschuß zur Bekämpfung des Verbrechens" stellt mit Genugtuung fest, daß während der letzten 36 Stunden zum ersten Male seit langer Zeit kein Mordfall in Chicago gemeldet ist.

In Indochina kam es zu revolutionären Unruhen. 200 Tonkinschützen und 60 eingeborene Zivilisten griffen das Zeltlager von Yonbai in Tonkin an. Zwei Offiziere, drei Unteroffiziere und fünf annamitische Soldaten wurden getötet. Die Aufständischen sind entflohen. Die Ruhe wurde wiederhergestellt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gemeinderundschau

Mannheims städtische Finanzlage. — 110,5 Mill. Reichsmark Reinvermögen. Nach dem endgültigen Abschluß der städtischen Kassen für das Rechnungsjahr 1928 wird das Vermögen der Stadt Mannheim insgesamt mit 241 069 608 *RM* ausgewiesen. An Schulden sind verbucht 104 861 607 *RM*, so daß das Reinvermögen mit 134 697 262 *RM* eingestellt wurde. Hiervon gehen jedoch ab rund 25 Mill. Reichsmark Überschuldung in der Darlehenskasse. Es verbleibt somit ein Reinvermögen der Stadt von 110 513 939 *RM*.

Wohnungen statt Gefängnis. Das im letzten Jahr aufgehobene Wiesloch**er** Bezirksgefängnis wird nunmehr in ein — allerdings geräumiges — Wohnhaus umgewandelt werden. Der große Bau aus rotem Sandstein neben dem Amtsgefängnis wird für den neuen Zweck einen Umbau im Innern erfahren. Der ebenfalls erörterte Plan, das Gefängnis nach seiner Aufhebung in ein Krankenhaus, das Wiesloch immer noch fehlt, umzuwandeln, scheint man damit aufgegeben zu haben.

Das städt. Wohnungsamt in Freiburg. Eine Meldung, wonach der Stadtrat mit Stimmenmehrheit die Aufhebung des Wohnungsamtes in seiner jetzigen Gestalt beschlossen habe, trifft nicht zu. Damit entfallen auch die weiter gemachten Angaben, wonach Wohnungen von fünf Zimmern und mehr einer Genehmigung bei der Vermietung nicht mehr bedürfen, und mithin der Wohnungszwangswirtschaft nicht mehr unterliegen. Bis jetzt ist der Stadtrat mit dieser Angelegenheit noch nicht befaßt worden.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Presse. Direktor Wilhelm **Johner**, seit 1920 Vorstand der Badenia-AG. für Verlag und Druckerei in Karlsruhe, hat sein Vorstandsamt bei dieser niedergelegt, um die Leitung der ihm gehörenden Firma Rhenania-Verlag und Druckerei in Bonn a. Rh. persönlich zu übernehmen.

Große Jägertagung 1930 in Karlsruhe. Der badische Bund deutscher Jäger wird seine diesjährige Hauptversammlung, verbunden mit dem Feste des zehnjährigen Bestehens, am 26. und 27. April in Karlsruhe begehen. Zahlreiche Ausschüsse sind schon jetzt tätig mit auserlesenen Programmen in den schönsten Räumen der Landeshauptstadt, für Jäger besonders interessante Besichtigungen usw., diese Tagung zu einer imposanten Kundgebung der badischen Jägerei zu gestalten.

Justizkasseneinbrecher vor Gericht. Einer der Einbrecher in die Karlsruher Justizkasse hatte sich am Mittwoch in der Person des schon erheblich mit Zuchthaus vorbestraften 53jährigen Gelegenheitsarbeiters Albert **Gdanitz** aus Berlin vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte ist beschuldigt, an dem Einbruch in die Karlsruher Justizkasse in der Nacht zum 30. Dezember 1927, bei welchem den Tätern nach Aufbrechen zweier Kassenschränke rund 10 000 *RM* in die Hände fielen, teilgenommen zu haben. Trotz hartnäckigen Leugnens konnte in der Verhandlung der Angeklagte der Tat überführt werden. Zwei Chauffeure sowie ein Straßenbahnschaffner erkannten den Angeklagten als einen jener drei Leute wieder, die am Morgen nach dem Einbruch mit einem Auto nach Mannheim fuhren und zwei Koffer bei sich führten, in denen sich die Einbrecherwerkzeuge befanden. Das Gericht erachtete den Angeklagten schuldig im Sinne der Anklage und erkannte unter Versagung mildernder Umstände auf eine **Zuchthausstrafe von 5 Jahren** sowie 10 Jahren Ehrverlust. Außerdem wurde Stellung unter Polizeiaufsicht beschlossen.

Badisches Landestheater. Auf Einladung der Generaldirektion des Landestheaters wird der als Literaturhistoriker und Theaterwissenschaftler hochgeschätzte **Franziskanerpater Expeditus** Dr. phil. **Schmidt**, dessen im Herbst 1926 hier im Landestheater zur 500-Jahr-Feier des Hl. Franz von Assisi gehaltener Festvortrag noch in bester Erinnerung ist, am Sonntag, dem 23. Februar, vormittags 11½ Uhr, im Landestheater über „**Theater, Volk und Publikum**" sprechen. Da das Schicksal des deutschen Theaters und die Frage seiner Existenzbedingungen gerade heute wiederum Gegenstand sorgenvollster Erwägungen sind, dürfte dieser Vortrag einer anerkannten und weltanschaulich klar bestimmten Autorität auf allgemeinstes Interesse Anspruch haben.

Gesunde Ehen — gesunde Kinder. Nur in einem gesunden Leib gedeiht auch eine gesunde Seele. Dieses Wort der Alten hat heute angesichts der furchtbaren Verwüstung durch die Geschlechtskrankheiten eine ganz besondere Bedeutung gewonnen. Mit weit gesteckten Zielen sucht deshalb die Deutsche **Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten**, deren Mitglieder in Baden zu einem Landesverband mit zahlreichen Ortsgruppen zusammengefaßt sind, gemeinnützig unterrichtend und aufklärend über die hier lauernden Gefahren zu wirken. Mit besonderer Unterstützung der Behörden läßt sie in diesem Bestreben in der Zeit vom 17. bis 20. Februar in zahlreichen Nachmittag- und Abendvorstellungen das **Aufklärungsstück „Olaf"** im hiesigen Konzerthaus in Szene gehen. Sie wendet sich mit diesem Ausschnitt aus menschlichem Leid und Unverstand in erster Linie an die reifere Jugend, aber auch an alle, die zur Erziehung und Charakterbildung, zu Seelsorge und Geistesbildung berufen sind.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der seit Tagen über England gelegene Kern des europäischen Hochdruckgebietes ist heute nur noch als flacher Hochdruckrücken vorhanden, während ein neuer Kern sich durch Einbruch und entsprechende Abkühlung der unteren Luftschicht über Südosteuropa entwickelt hat. Die weitere Zufuhr maritimer Luft von Norden nach unserem Gebiet ist damit unterbunden, da wir jetzt in den Bereich der absinkenden Luft des südöstlichen Hochdruckkerns gelangt sind. Schon gestern nachmittag setzte bei uns allenthalben wieder Aufheiterung ein und brachte nachts in der Ebene neuerdings Strahlungsfrost bis 5 Grad unter Null. Stellenweise trat leichter Frühnebel auf. Der Hochschwarzwald hat kräftige Temperaturumkehr (Feldberg heute früh —1 Grad). **Wetteraussichten:** Fortdauer des heiteren und trockenen Hochdruckwetters bei leichten südöstlichen Winden. In der Ebene Nachtfrost mit lokalen Frühnebeln, um Mittag mild, Gebirge anhaltend leichter Frost.

Kurze Nachrichten aus Baden

22 Anwesen eingeäschert

WTB. **Donaueschingen**, 13. Febr. Ein riesiges **Schadenfeuer** vernichtete am Mittwochabend in dem Dorfe **Oefingen** (Amt Donaueschingen) **22 Anwesen.** Das Feuer war kurz nach 8 Uhr am Nordausgang des Dorfes ausgebrochen und wurde durch den starken Sturm mit rasender Eile weitergetragen, so daß in kurzer Zeit das **ganze Dorf in Flammen stand.** Zur Hilfeleistung waren die Feuerwehr der Umgegend, die Reichswehr aus Donaueschingen herbeigeeilt. Doch konnte man infolge Wassermangels nicht viel ausrichten. Um Mitternacht war die Hauptgefahr beseitigt. Der **Gebäudeschaden** soll nach vorläufiger Schätzung **280 000** *RM* betragen.

Der Brand brach in dem Doppelwohnhaus des Karl **Hengstler** und der Martin **Kremm** Witwe aus. Das Feuer griff sofort auf die dicht dabei liegenden Anwesen über. Zu den Brandgeschädigten gehören Johann Kohler, Jakob Mangerhauser, Johann Michael Irion Wilhelm Goll, Bürgermeister, Michael Manger-Vogt, Karl Glunz, Martin Schweizer, Chr. Kienzle, Johann Kremm, Bäckermeister, Konrad Heppler, Karl Glunz, Besitzer des Gasthauses „Zur Sonne", Johann Nopper-Konrad, Konrad Manger, Josef Michael Birk, Andreas Reichmann, Andreas Glunz, Schmied, Martin Kohler, II., Jakob Manger, Bäckermeister. Ein Gendarmerieaufgebot weilte an dem Brandplatz und unterstützte die angestrengten Bemühungen der Feuerwehr bei der Niederkämpfung des Brandes. Die Brandkatastrophe erinnert an die von Sunthausen, das unweit Oefingen liegt. Das etwa 900 Einwohner zählende Oefingen liegt hart an der württembergischen Grenze, gegenüber dem württembergischen Ort Talheim.

Das Feuer konnte in den frühen Morgenstunden als gelöscht angesehen werden. Unter den abgebrannten Anwesen befindet sich eine Anzahl größerer Wirtschaften, ebenso mit Ziegel gedeckte Häuser. Das Großvieh konnte, wie man bisher in Erfahrung bringen konnte, so gut wie vollständig gerettet werden; dagegen sind Schweine und Ziegen in großer Zahl in den Flammen umgekommen. Sehr groß ist auch der Schaden an Inventar. Ob die hier und da aufgetauchte Vermutung einer Brandstiftung richtig ist, wird die polizeiliche Nachforschung ergeben müssen.

Der Schaden dürfte sicherlich noch höher sein als anfangs geschätzt, da sich der Verlust an Inventar und Vorräten usw. zur Zeit noch nicht übersehen läßt.

DZ. **Mannheim**, 13. Febr. Gestern nachmittag 4.12 Uhr landete auf dem Altrhein bei der Restauration „Jägerlust" der **Dornier-Superwal** D 1785, der um 13.50 Uhr von Friedrichshafen gestartet war. Das Flugboot wird heute, Donnerstag, seinen Flug mit dem Ziele Norderney fortsetzen.

DZ. **Pforzheim**, 12. Febr. Heute abend wurden einem 60 Jahre alten Mann aus Niefern auf dem **Bahnhof Pforzheim beide Beine** von einem einfahrenden Zug **glatt abgefahren.** Es ist noch nicht festgestellt, wie der Unglückliche auf das Gleis gekommen ist. Er starb im Krankenhaus.

DZ. **Waldkirch**, 12. Febr. Die hiesige **Musikwerkindustrie**, die in früheren Jahrzehnten ausschlaggebend war, kämpft zur Zeit einen harten Daseinskampf. Von Jahr zu Jahr wird die Belegschaft in den drei alten Firmen geringer. Es wird nur noch stark verkürzt gearbeitet. Die **Konkurrenz des Rundfunks und Grammophone**, der Verlust von Auslandaufträgen, die ungünstigen Verhältnisse für die Schausteller, die früher rege Abnehmer für Orgeln aller Art waren, bedingen diese unerwünschten Folgen für die hiesige Orgel- und Musikwerkindustrie.

bld. **Bühl**, 12. Febr. Das **Hotelanwesen Breitenbrunnen** wurde von der Städt. Sparkasse Bühl an **Christian Stähle** und Wilhelm **Stuzmann** von Schwenningen a. N. weiterverkauft. Die Erwerber traten in das kürzlich von der Sparkasse in der Zwangsversteigerung abgegebene Meistgebot ein, so daß ihnen der Zuschlag direkt erteilt werden konnte. Die Sparkasse Bühl ist mit ihrer Forderung voll befriedigt worden. Die neuen Eigentümer beabsichtigen in Breitenbrunnen ein **christliches Erholungsheim** einzurichten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	13. Februar Geld	13. Februar Brief	12. Februar Geld	12. Februar Brief
Amsterdam 100 G.	167.85	168.19	167.77	168.11
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.21	111.99	112.21
Italien . . 100 L.	21.91	21.95	21.91	21.95
London . . 1 Pfd.	20.351	20.391	20.35	20.39
New York . 1 D.	4.1850	4.1930	4.1865	4.1945
Paris . . 100 Fr.	16.38	16.42	16.385	16.425
Schweiz . 100 Fr.	80.765	80.925	80.75	80.91
Wien 100 Schilling	58.92	59.04	58.935	59.055
Prag . . . 100 Kr.	12.385	12.405	12.388	12.408

Der Zentralausschuß der Reichsbank ist für Samstag, den 15. Februar, zu einer Sitzung einberufen worden. Es handelt sich dabei um die Wahlen für die Bezirksausschüsse für die Reichsbank.

Der Privatdiskont für kurze Sicht wurde, wie aus **Berlin** gemeldet wird, um ⅛ Proz. auf 5⅛ Proz. festgesetzt. Der Privatdiskont für lange Sicht wurde mit 5½ Proz. unverändert belassen.

Diskontermäßigung in Ungarn. Die Ungarische Nationalbank hat ihren Diskontsatz von 7 auf 6½ Proz. ermäßigt.

Badische Bank, Mannheim

Der Geschäftsbericht der Badischen Bank (ordentliche Generalversammlung am 17. Februar) besagt über das Geschäftsjahr 1929, daß sich der Rückgang der Konjunkturkurve der Industrie, des Gewerbes und Handels in Baden auch im Jahre 1929 fortgesetzt habe. Die großen Schwierigkeiten in der Beschaffung von Hypothekenkapital haben die Bautätigkeit gegenüber den Vorjahren wesentlich vermindert. Trotz guter Ernte der Landwirtschaft und des Weinbaues sind die Kreditnehmer aus diesen Kreisen infolge schlechter Preise und Absatzmangels ihrer Produkte nicht in der Lage, auch nur Teile ihrer Schulden abzutragen. Mit fortschreitender Zeit wird immer deutlicher, in welch starkem Umfange die badische Wirtschaft in ihrer Entwicklung durch die **Lage Badens als Grenzland** behindert ist. Das im allgemeinen starke Verlangen nach Wechselkrediten hat erst gegen Ende des Jahres nachgelassen. Verursacht durch den allgemeinen Konjunkturrückgang ist die Häufigkeit des Vorkommens von Protestwechseln angestiegen und die Ziffer der freiwillig oder durch Zwang erfolgten Geschäftsauflösungen hat zugenommen.

Das **Notenausgaberecht** war auch in diesem Jahr unverändert auf 27 Mill. Reichsmark bemessen, das Kontingent ist fast das ganze Jahr hindurch voll ausgenützt worden. Der **Reingewinn** ist von 1 088 321 *RM* auf 1 302 959 *RM* gestiegen. Der Gewinnanteil des Staates beträgt 135 327 *RM* (115 096). Unter Hinzuziehung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr mit 100 000 *RM* ist es möglich, die **Dividende** auf 8 Mill. Reichsmark Stammaktien von **10 auf 11 Proz. zu erhöhen.** Der Beamtenunterstützungskasse werden 61 308 *RM* (60 386) zugewiesen und der Rest von 200 000 *RM* auf neue Rechnung vorgetragen. Der durchschnittliche **Notenumlauf** betrug 21,51 (24,41) Mill. Reichsmark, die höchste Zirkulation 26,68 (26,99) Mill. Reichsmark. Die durchschnittliche Deckung 48,71 (45,98) Proz., der durchschnittliche Bestand an Diskontwechseln 30,06 (37,93) Mill. Reichsmark.

Die **Bilanz** weist aus in 1000 *RM*: Goldbestand 8123,60 *RM* (8 128,40), Noten anderer Banken 81,48 (331,85). Eigene Banknoten 7 426,60 (832,35), Devisen 3 230,35 (2 877,79), Wechsel 27 536,82 (36 832,30), Lombardforderungen 1 573,83 (1 391,92), Schatzwechsel und Effekten 9 632,09 (6 937,80), Kontokorrentguthaben 14 282,77 (38 874,27), die Bankgebäude unverändert mit 300.

Unter den **Passiven** sind neben dem Aktienkapital, den Rücklagen und den ausgegebenen Banknoten genannt: täglich fällige Verbindlichkeiten 10 439,02 (14 482,51), an eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten 21 752,94 (42 248,71), das heißt, die Guthaben der Gläubiger haben sich von 56,731 auf 32 191 vermindert. Auch die Gesamtbilanzsumme zeigt eine wesentliche Verminderung von 96 522,37 auf 72 197,94 auf.

9 Milliarden Sparkasseneinlagen. Ende Dezember 1929 beliefen sich die Spareinlagen bei den **deutschen Sparkassen** auf 9015,8 Millionen Reichsmark gegen 8827,4 Millionen Ende November 1929. Der Berichtsmonat weist mithin eine Zunahme von 188,2 Millionen auf. — Im einzelnen betrugen die Einzahlungen 706,7 Millionen Reichsmark, davon aus Aufwertung 3,0 und aus Zinsgutschriften 166,0, und die Auszahlungen 518,5 Millionen Reichsmark. Die Scheck-, Giro-, Kontokorrent- und Depositeneinlagen stellten sich Ende Dezember auf 1856,5 Millionen Reichsmark gegen 1363,9 Millionen Reichsmark Ende November 1929.

Die Bayerische Eisenbahnerbank in München ist zusammengebrochen. Den rund 6 Millionen Passiven stehen nur etwa 600 000 *RM* Aktiven gegenüber. Die Geschädigten sind 4000 Einleger, meist Eisenbahner, die nicht nur ihre gesamten Ersparnisse, sondern zum erheblichen Teil auch ihre von der Reichsbahn direkt überwiesenen Monatsgehälter verloren haben, mit fünf Millionen und einige Baugenossenschaften mit zirka 400 000 *RM* Guthaben. Die Bank strebt einen Vergleich auf der Grundlage von 30 Proz. an. Die Reichsbahn-Gesellschaft steht dem Unternehmen fern. Sie erklärt, daß sie in besonderen Notfällen Vorschüsse an die Geschädigten bar auszahlen wird.

Brennstoffe

Braunkohlen-Briketts Eiform-Briketts
Anthrazit-Nußkohlen, Gr. II, nachges.
Fettnußkohlen, Gr. II, nachges.
Zechen-Brechkoks, Körnung I, ca. 60/90 mm
Zechen-Brechkoks, Körnung II, ca. 40/60 mm
Zechen-Brechkoks, Körnung III, ca. 20/40 mm

Zu billigsten Preisen

Erste Qualitäten

In allen Mengen lief. frei Haus bzw. Keller

MENZINGER-FENDEL

Transportgesellschaft m.b.H.
Kohlen - Abteilung
Telefon Nr. 5883, 4667 und 4668
K.169

Bruchsal. Q.152

Güterrechtsregistereintrag Bd. III S. 208 **Zimmermann**, Franz Peter, Daubenhauer, Bruchsal, u. Centa geb. Feßler. Vertrag vom 20. Dezember 1929. Gütertrennung des BGB.

Bruchsal, 4. 2. 1930.
Amtsgericht I.

Q.157. **Karlsruhe.** Über das Vermögen der Frau **Marga Köhl, Kurz-, Weiß-, Woll- und Modewaren** in Karlsruhe, Yorkstraße 30 wurde das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Als Vertrauensperson wurde Bankdirektor a. D. Heinrich W. Weill in Karlsruhe, Hirschstraße 156 bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: **Freitag, den 7. März 1930, vormittags 10 Uhr**, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 4, 2. Stock, Zimmer Nr. 139. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittelungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6 zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.

Karlsruhe, 11. Febr. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

COLOSSEUM

Freitag, den 14. Februar, zum letztenmal
Das Mädel vom Broadway
Ab Samstag, 15. Februar, 8 Uhr
Die große Lokal-Revue
Karneval 1930

Badisches Landestheater

Freitag, 14. Februar 1930
* F 15. (Freitagmiete)
Th.-Gem. 2. S.-Gr. und 950—1000
Die Fledermaus
Operette
von Johann Strauß
Dirigent: Krips
Regie: Dr. Waag.
Mitwirkende:
Esselsgroth, Fischbach, Seiberlich, Magda Strack, Wald a. G., Winter, Burgeff, Jank, Schäfer, Simon, Lubach, Gemmecke, Grötzinger, Kloeble, Laufkötter, Löser, Nentwig, Kilian, Lindemann, Meyer, Nagel, Plachzinsky.
Anfang 19½ Ende 22½
Preise C (1—7 *RM*)

Sa., 15. Febr.: Nachmittags: Sondervorstellung f. Volksschüler: **Minna von Barnhelm.** Abends: **Das Kätchen von Heilbronn.**
So., 16. Febr.: Neu einstudiert: **Tiefland.** Im Konzerthaus: . . . **Vater sein dagegen sehr.**
Mo., 17. Febr.: **Die andere Seite.** In der Festhalle: **5. Volkssinfoniekonzert.**

Inserieren bringt Gewinn!

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
HANS VATTER
DOSSENHEIM a. d. BERGSTR.
LIEFERT AUS SCHLOSS-U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-MATERIAL

Möbel Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer Küchen einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungserleichterung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 940